

## Zum Putsch in Bolivien

Vijay Prashad

...am 10. November 2019 wurde Boliviens Präsident Evo Morales durch einen Putsch gestürzt. Die Abfolge der Ereignisse entsprach genau dem, was der kanadische Politikwissenschaftler Nino Paglicca (...) das Skript der USA für einen Hybridkrieg zum Regimewechsel nennt – ein Szenario, das zuvor, erfolglos in Venezuela erprobt worden war, in Bolivien sich aber zumindest zunächst, als erfolgreich erwies.

Wie Venezuela war Bolivien unter Morales bemüht, sich von den hegemonialen Einmischungen und der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die USA und ihre Verbündeten zu lösen.

Beide Länder haben es geschafft, die Armut zu verringern und durch die soziale Nutzung ihrer Ressourcen Wirtschaftswachstum zu erzielen. (...)

Bolivien hat eine Reihe von Staatsstreichen erlitten, die oft vom Militär und der Oligarchie im Interesse transnationaler Bergbauunternehmen durchgeführt wurden. Ursprünglich waren dies Zinnfirmen, aber heute geht es in Bolivien in erster Linie nicht mehr um Zinn. Das Hauptziel sind die massiven Lithiumvorkommen, die für das Elektroauto entscheidend sind.

Bolivien entschied sich, was die Erschließung der Lithiumreserven angeht, für eine Partnerschaft mit chinesischen Unternehmen. Dies machte die Morales-Regierung verwundbar. Sie war in den neuen Kalten Krieg zwischen dem Westen und China eingetreten. Der Putsch gegen Morales ist ohne einen Blick auf diesen Konflikt nicht zu verstehen.

Als Evo Morales und die Bewegung für den Sozialismus (MAS) 2006 die Macht übernahmen, versuchte die Regierung sofort, den jahrzehntelangen Diebstahl durch transnationale Bergbaukonzerne rückgängig zu machen. Die Regierung von Morales setzte zahlreichen Bergbauaktivitäten der mächtigsten Unternehmen wie Glencore, Jindal Steel 6 Power, Anglo-Argentine Pan American Energy und South American Silver (jetzt

Trimetals Mining) einen Riegel vor. So wurde deutlich, dass das Business as usual nicht würde fortgesetzt werden können.

Dennoch setzten diese Großunternehmen ihre Aktivitäten auf der Grundlage älterer Verträge in einigen Gebieten des Landes fort. So hatte beispielsweise die kanadische transnationale Firma South American Silver 2003 – bevor Morales an die Macht kam – ein Unternehmen gegründet, um in der Malku Khota Region Silber und Indium (ein Seltenerdmetall, das in Flachbildschirmen verwendet wird) zu gewinnen. South American Silver beansprucht Land, das von indigenen Bolivianern bewohnt wurde.

Am 1. August 2012 annullierte die Morales-Regierung den Vertrag mit South American Silver (TriMetals Mining), das dann ein internationales Schiedsverfahren und eine Entschädigung anstrebte. Die kanadische Regierung von Justin Trudeau übte – als Teil eines breiten Einsatzes für kanadische Minenunternehmen in Südamerika – einen enormen Druck auf Bolivien aus. Im August 2019 schloss TriMetals mit der bolivianischen Regierung einen Vertrag über 25,8 Millionen Dollar, etwa ein Zehntel dessen, was sie zuvor als Entschädigung gefordert hatte.

Jindal Steel, ein indischer transnationaler Konzern, hatte einen alten Vertrag zur Gewinnung von Eisenerz aus dem bolivianischen El Mutún, der 2007 von der Regierung Morales auf Eis gelegt wurde. Im Juli 2012 kündigte Jindal Steel den Vertrag und beantragte ein internationales Schiedsverfahren und eine Entschädigung für seine Investition. Im Jahr 2014 erhielt sie 22,5 Millionen Dollar von Bolivien in einem Urteil der Internationalen Handelskammer mit Sitz in Paris. In einem weiteren Verfahren gegen Bolivien verlangte Jindal Steel eine Entschädigung von 100 Millionen Dollar.

Die Regierung Morales beschlagnahmte drei Anlagen des in der Schweiz ansässigen transnationalen Bergbauunternehmens Glencore, darunter eine Zinn- und Zinkmine sowie zwei Schmelzwerke. Die Enteignung der Mine erfolgte, nachdem die Tochtergesellschaft von Glencore heftig mit Bergleuten zusammenstieß.

Am aggressivsten verklagte Pan American die bolivianische Regierung auf 1,5 Milliarden Dollar für die Enteignung der Beteiligung des angloargentinischen Unternehmens am Erdgasproduzenten Chaco durch den Staat. Bolivien ließ sich 2014 auf eine Entschädigung mit 357 Millionen Dollar ein.

Der Umfang dieser Zahlungen ist enorm. Im Jahr 2014 wurden die öffentlichen und privaten Zahlungen für die Verstaatlichung dieser Schlüsselsektoren auf mindestens 1,9 Milliarden Dollar geschätzt (das BIP Boliviens betrug damals 28 Milliarden Dollar).

2014 stellte sogar die *Financial Times* fest, dass Morales' Strategie nicht völlig verfehlt sei. „Ein Beweis für den Erfolg des Wirtschaftsmodells von Morales ist, dass er seit seiner Machtübernahme die Größe der Wirtschaft verdreifacht und gleichzeitig Rekorddevisenreserven aufgebaut hat.“

Bolivien soll 70 Prozent der weltweiten Lithiumreserven besitzen, vor allem in den Salinen des Salar de Uyuni. Die Komplexität der Gewinnung und Verarbeitung hat dazu geführt, dass Bolivien nicht in der Lage war, die Lithiumindustrie allein zu entwickeln. Sie erfordert Kapital, und sie erfordert Fachwissen.

Die Salzfläche liegt etwa in 3600 Meter über dem Meeresspiegel und ist reich an Niederschlägen. Dies erschwert eine sonnenbasierte Verdampfung. Solche einfacheren Lösungen gibt es in der chilenischen Atacama-Wüste und im argentinischen Hombre Muerto. Für Bolivien sind technisch aufwendigere Lösungen erforderlich, und deshalb höhere Investitionen.

Die Verstaatlichungspolitik der Regierung Morales und die geografische Komplexität des Salar de Uyuni haben mehrere transnationale Minenunternehmen vertrieben. Eramet (Frankreich), FMC (USA) und Posco (Südkorea) konnten keine Geschäfte mit Bolivien abschließen, so dass sie nun in Argentinien tätig sind.

Morales machte deutlich, dass jede Ausbeutung des Lithiums mit Boliviens Comibol – seinem nationalen Bergbauunternehmen – und Yacimientos de Litio Bolivianos (YLB) – seinem nationalen Lithiumunternehmen – als gleichberechtigte Partner erfolgen müsse.

2018 hat die deutsche ACI systems GmbH einen Vertrag mit Bolivien abgeschlossen. Nach Protesten von Bewohnern der Region Salar de Uyuni hat Morales dieses Geschäft am 4. November annulliert.

Chiinesische Unternehmen – wie die TBEA Group und China Machinery Engineering –

haben einen Vertrag mit YLB abgeschlossen. Auch die chinesische Tianqi Lithium Group, die in Argentinien tätig ist, war dabei einen Vertrag mit YLB abzuschließen. Chinesische Investoren wie das bolivianische Lithiumunternehmen experimentierten mit neuen Wegen, um sowohl das Lithium abzubauen als auch die Gewinne aus dem Lithium zu teilen. Die Vorstellung, dass es eine neue soziale Vereinbarung für das Lithium geben könnte, war für die großen transnationalen Bergbaukonzerne inakzeptabel.

Tesla (USA) und Pure Energy Minerals (Kanada) zeigten beide großes Interesse an einer direkten Beteiligung an bolivianischem Lithium. Aber sie konnten keinen Deal abschließen, der die von der Morales-Regierung festgelegten Parameter berücksichtigt. Morales selbst war ein direktes Hindernis für die Übernahme der Lithiumfelder durch die nicht-chinesischen transnationalen Unternehmen. Er musste gehen.

Nach dem Putsch stiegen Teslas Aktien astronomisch an.

Wie genau die weitere Entwicklung in Bolivien dem Regime-Case-Skript der USA entspricht, verdeutlicht ein Artikel, den *German Foreign Policy* am 18. November veröffentlicht hat.

„Bekanntlich wurde der Putsch gegen Morales mit angeblichen Wahlfälschungen begründet. Tatsächlich aber wurden selbst nach der Aussage US-amerikanischer Experten solche, von der US-hörigen Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) behaupteten „Unregelmäßigkeiten“ lediglich in 274 der insgesamt 34.551 Wahllokale nachgewiesen. Einen Zweifel daran, dass Morales' Vorsprung über 10 Prozent gegenüber dem wichtigsten oppositionellen Kandidaten betragen habe, lassen die Daten nicht zu.

Die selbsternannte, auch vom Auswärtigen Amt der BBRD inzwischen offiziell als solche anerkannte „Interimspräsidentin“ Ñez, hat weit davon entfernt, sich auf Neuwahlen zu konzentrieren – nicht nur in einem Dekret vom 13. November die bolivianischen Militärs bei Operationen „zur Wiederherstellung der inneren Ordnung ... von strafrechtlicher Verantwortung befreit“, sondern auch umgehend angefangen, Bolivien außenpolitisch vollständig umzupolen. Dazu nur wenige Stichworte: Ausweisung der 700 kubanischen Ärzte, die bisher in Bolivien tätig waren; schon innerhalb der ersten Tage Entlassung von 80 % der Botschafter Boliviens; Beendigung der Mitgliedschaft in dem von Venezuela gegründeten Bündnis ALBA („Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra

América“); schon am 12.11.19 Anerkennung des venezolanischen Putschisten Juan Guaidó als „Präsidenten“ seines Landes.

Mit faktischer Billigung Berlins werden Kuba und Venezuela auf diese Weise noch mehr in die Isolation getrieben. Der Sturz der Regierungen beider Länder ist erklärtes Ziel Washingtons.

Vijay Prashad ist Historiker und lebt in den USA